

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis für die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 R.-Pf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 R.-Pf. - Die Briefgebühren für Zustellungsanzeigen beträgt 30 R.-Pf. auschl. Porto. - Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Postbezug für den Monat 2,00 R.-M., einjährig 24 R.-Pf., Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandendungen für die Woche 1,00 R.-M., Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach - Fernruf: Ortsverteiler Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981 - 27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Victoriastr. 4 a; Fernruf: Aurfürst 9361 - 9366
Postfach: Dresden 1060 - Nichtverlangte Einlieferungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 2 42. Jahrgang

Mit der Beilage „Natur und Gesundheit“

Mittwoch, 10. Januar 1934

Verzweiflungsmaßnahmen in Wien

Die Prüfung der französischen Denkschrift in Berlin - Das Ende des Meisterschwunders Stawisky

Hochspannung in Oesterreich

Der österreichische Ministerrat hat sich gestern erneut mit der nationalsozialistischen Bewegung beschäftigt und neue umfangreiche Abwehrmaßnahmen beschlossen. Wie es in dem amtlichen Wiener Bericht heißt, nahm das Kabinett zunächst einen Bericht über die in den letzten Tagen besonders verstärkte und offensichtlich organisierte nationalsozialistische Agitationsarbeit entgegen. Darauf wurde der Entschluß gefaßt, die Bundesregierung „An Österreichs Volk“ zu beschließen, der sofort der Presse als Willkommensgruß zum Ausdruck übermittelte wurde.

In diesem Aufruf wird an die in den Reichs- und Auslandslagern versammelten Abenteurer erinnert. Die daran geführten „Aufführungen“ der Regierung seien leider vergeblich gewesen. Die Zahl der Sprengstoffanschläge sei in den letzten Tagen auf 140 angewachsen. In diese Zahl rechnet die Regierung auch diejenigen, die an zahlreichen Stellen des Landes explodierten Papierbullen und die Feuerwerke mit ein, die vor allen Dingen in den Alpenländern zu Ehren des Bundeskanzlers abgebrannt wurden. Die Bundesregierung, so wird dann weiter erklärt, sei fest entschlossen, unternimmt mit den schärfsten Mitteln diesen Demonstrationen entgegenzutreten. Zeit gehen sind harte Abteilungen des sogenannten freiwilligen Schutzkorps anzuordnen worden, die gemeinsam mit der Polizei und Gendarmerie für die Wiederherstellung der angeblich gefährdeten Ordnung sorgen sollen.

In dem Aufruf werden dann etwas weinerlich alle Anschläge und Papierbullen, Tränengasbomben, die in Geschäftstrottoirs, Vergnügungsorten und Restaurants geworfen worden sind, jedes Beschießen von Gebäuden, Öffnen von Schusslöchern, Ausbreiten von Plakaten, Verbreitung von Propagandaschriften anlässlich erwähnt. Die Anschläge der Demonstrationen illustriert in der trefflichsten Weise das „berühmte“ Verhältnis, das zwischen der Regierung Tollfus und der österreichischen Bevölkerung herrscht.

Wie die Stimmung der Bevölkerung ist, zeigt sich aus der Aufnahme des Aufrufs „An Österreichs Volk“. Räum war er angehängt, so explodierten an zahlreichen Stellen Wiener Papierbullen und wurden in mehreren Autos und Kofferschaltern Tränengasbomben geworfen. Nirgend

konnte die Polizei die Täter fassen. Die Bevölkerung muß also mit ihnen sympathisiert haben.

Die Regierung Tollfus hat mit diesen Maßnahmen einen letzten Verzweiflungskampf zur Behauptung ihrer Stellung angenommen. Die Position des letzten Bundeskanzlers hatte sich ja - darauf wiesen die sehr scharf beobachtenden Korrespondenten der englischen Presse, vor allem die Vertreter von „Daily Telegraph“ und „Times“ in den letzten Tagen ganz offen hin - fast verliert. Er befindet sich zwischen zwei Feuern. Auf der einen Seite ist es ihm nicht gelungen, Brücken zu den Nationalsozialisten zu schlagen, wie dies vielleicht in seiner Umgebung ursprünglich beabsichtigt worden war; auf der anderen Seite wird er von den Heimwehrführern rings um Salzburg mit wachsendem Mißtrauen betrachtet. Die Heimwehrtreffen verlangen eine entschlossene Politik der „harten Hand“, eine Umverteilung nicht nur der nationalsozialistischen Bewegung, sondern aller österreichischen Parteien, ferner ein Verbot der Gewerkschaften und die Bekämpfung des Wiener Mahlkaisers, um der sozialdemokratischen Parteiführerschaft in der österreichischen Hauptstadt ein Ende zu machen. Tollfus hat sich bisher zu diesem Entschluß nicht durchringen können und Angst, in Wehrtruppen, vor allem in Paris und London, an moralischem Scheitern zu verlieren.

Die Tatsache, daß eine Regierung zu so radikalen Mitteln gegen die Bevölkerung gezwungen wird, kann aber das Ansehen Oesterreichs und seinen politischen wie auch wirtschaftlichen Kredit nur noch weiter herabsetzen. Am liebsten mit Polizeimassnahmen ist man noch niemals einer großen Bewegung Herr geworden. Das zeigt die Geschichte. Das zeigt vor allem die österreichische Geschichte, in der das Regieren mit dem Polizeimittel im Jahrzehnte hindurch als höchste Staatskunst galt. Aber was selbst dem Bundeskanzler Wetternich, einem Staatsmann von großem Format, nicht gelang, wird auch sein kleiner Epigone Tollfus nicht schaffen. Den Strom der im Volk wirkenden lebendigen Kräfte kann man zwar vorübergehend künstlich abdammen, aber ihre Energie wächst gerade durch diese Stauwerke, die ihren Lauf nehmen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die diese Dämme zerreißen und sich heftig über das ganze Land ergießen.

Th. Sch.

Bundeskanzler Tollfus erklärt worden sein soll. Die Verhandlungen zwischen den beiden Gruppen sollen einen günstigen Verlauf nehmen und bereits in nächster Zeit zum Abschluß gebracht werden. Zwischen den Heimwehren und den Sturmrisikern ist bereits vor Weihnachten eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen worden. Eine derartige Neugründung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einer Stärkung der Stellung des Bundeskanzlers Tollfus führen, auf den dadurch die Führung der privaten Wehrverbände übertragen würde.

Von Heimwehrtreffen wird dagegen erklärt, daß Pläne in der Richtung einer engeren Zusammenfassung zwischen den Heimwehren und den Sturmrisikern seit langem beständen, daß jedoch feinerer Entschluß bisher getroffen sei. Unter der Leitung des Bundesführers Fritz Starckberg findet am Mittwoch eine Bundesführerversammlung statt, auf der über die Stellung des Heimwehrtreffens zur gegenwärtigen politischen Lage und über die Richtlinien der weiter zu ergreifenden Schritte beraten werden wird. Gleichzeitig sind seit von neuem Überlegungen über die Auffassung der politischen Parteien im Hinblick, obwohl alle derzeitigen Pläne bisher an dem energischen Widerstand der leitenden Kreise der Christlichsozialen Partei gescheitert waren.

Evangelischer Pfarrer verhaftet

DNB, Dortmund, 9. Januar

Auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes wurde der evangelische Pfarrer Huette, wohnhaft in Dortmund-Marien in Schutzhaft genommen. Huette hat sich schon im Sommer des Vorjahres durch beleidigende Äußerungen gegen den Kultusminister Kuntz unangenehm bemerkbar gemacht. Daraus erging es nur einer empfindlichen Verurteilung, weil der Minister keinen Strafanspruch hatte. Ein Einschreiten der Behörden ließ sich aber nicht mehr vermeiden, als der Pfarrer den ihm anvertrauten Konfirmanden die Anwendung des Lutherischen Gesanges beim Betreten der Unterrichtsräume unterließ und durch Rundschreiben das zwischen dem Reichsbischof und dem Führer der Hitlerjugend durchgeführte Einmündnerwerk der Jugend zu sabotieren versuchte.

Rücktritt Dalimiers

Politische Folgen des Stawisky-Skandals

Telegramm unseres Korrespondenten

II. Paris, 9. Januar

Der Kolonialminister Dalimier hat sich, wie vorangehen war, heute nicht doch zum Rücktritt entschlossen. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Chaumont erklärt er dabei ausdrücklich, daß er, nachdem er von der Gesamtregierung „öffentlich rehabilitiert“ worden sei, aber doch lieber keine politische Freiheit zurücknehmen wolle, damit das letzte Kabinett nicht unter den Rückwirkungen seiner Verhandlungen aus dem Jahre 1932 zu leiden habe. Der Ministerpräsident Chaumont deutete dem scheidenden Minister in herzlichen Worten und sprach ihm nochmals das Vertrauen der Regierung aus. - In dem Antwortschreiben des Ministerspräsidenten Chaumont heißt es noch einem Hinweis auf die Tatsache, daß der Kabinettsrat einstimmig die Geschäftsbefugnisse Dalimiers anerkannt hat: „Die sind der Kasse, daß Sie nach völliger Entlassung Ihrer amtlichen moralischen Verantwortung sich Ihre politische Freiheit wieder nehmen müssen, um sich gegen unerschrockene Angriffe zu verteidigen. Ich kann mich mit dem Ausdruck des Bedauerns über

Ihren Entschluß vor Ihren Beweggründen nur beugen, und ich verhoffe Sie nochmals meiner freundschaftlichen Achtung.“

Zur Stunde läßt sich noch nicht übersehen, ob sich Chaumont damit begnügen wird, einfach den ausscheidenden Minister zu ersetzen oder ob er eine größere Umwandlung der Ministerliste vornehmen will. Die Entscheidung wird heute erstens von einer Fraktionssitzung der Radikalen Partei und zweitens von einem Mittag in das Gafel einberufenen außerordentlichen Ministerrat abhängen. Sollte nur der Krieg Dalimiers beibehalten werden, dann würde wahrscheinlich der Minister für die Handelsmarine, Proust, die Kolonien übernehmen, während einer der Unterstaatssekretäre zum Minister aufrücken würde. Im anderen Falle aber würde Chaumont versuchen, den ehemaligen Ministerpräsidenten Herriot, mit dem er bereits mehrere telephonische Gespräche hatte, zum Außenminister zu gewinnen, während Paul-Boncour, wie bereits gemeldet, ins Justizministerium hinüberwechseln würde.

Was geschah in der Villa von Chamonix?

Hat Stawisky Selbstmord verübt? - Neue Verhaftungen in Paris

Telegramm unseres Korrespondenten

II. Paris, 9. Januar

Sawiska Stawisky oder, wie er sich gewöhnlich nannte, Sergius Alexander, der große Schwunder, der in den letzten Tagen auf dem ganzen Kontinent von sich reden machte, ist zum Selbstmord gezwungen. In einer Villa des Alpe-Resorts Chamonix hatte sich Stawisky - nach dem nicht sehr klaren Polizeibericht - in demselben Augenblick, als die Polizei die Tür zu seinem Zimmer forcierte, eine Kugel in den Kopf. Er war nicht sofort tot, wurde aber in demselben hoffnungslossten Zustand in das nächste Krankenhaus von Chamonix übergeführt, wo er sofort operiert wurde.

Allerdings besteht wenig Hoffnung, daß er am Leben bleibt.

Ueber die dramatische Szene bei der Verhaftung ist noch keine volle Klarheit vorhanden. Selbst die Berichte des offiziellen Dava-Büros widersprechen sich. Nach der einen Version konnten die Polizisten überhaupt nicht in die Villa, in der Stawisky sich befand, eindringen. Als sie dann aber ein Fenster einschlugen, fiel drinnen der Schuß. Nach der anderen Version hatten die Polizisten bereits die Villa betreten und alle Räume durchsucht. Nur ein großes Schlafzimmer im Erdgeschoss war von ihnen verschont. In dem Augenblick, da man die Tür einbrechen wollte, soll Stawisky erschossen worden sein.

Aber damit sind die Widersprüche noch nicht zu Ende.

Zwei Stunden nach den ersten Nachrichten über den Selbstmord Stawiskys veröffentlichte das Dava-Büro plötzlich einen Bericht, wonach zwei Jungen zugegen gewesen seien, und zwar der Mieter der Villa, ein gewisser Waig und Dijon, der Stawisky als Sekretär gedient habe, und dessen Freundin. Beide hätten sich mit Stawisky zusammen im Schlafzimmer eingeschlossen. Später berichtete sich darauf, daß die beiden angeblichen Jungen auf einem kleinen Flugzeug gewesen und erst in dem Augenblick zurückgekehrt seien, als die Polizisten bereits die vorangehenden Feststellungen im Zimmer Stawiskys angeht. Man kann sich daher leicht vorstellen, daß namentlich die Oppositionspresse zur Rechtfertigung und zur Entlastung eine unbedingte Aufklärung dieses Falles fordert und skeptisch frant:

Hat Stawisky wirklich Selbstmord verübt?

Denn dieser Selbstmord kommt natürlich vielen Kreisen sehr gelegen. Das nationalsozialistische „Echo de Paris“ ebenso wie der sozialistische „Populaire“ erklären übereinstimmend, daß Stawisky wahrscheinlich von einem der Polizisten erschossen worden sei. Der Skandal ist also noch keineswegs beendet. Noch folgt der schwierige Teil, die Hintergründe und die vorliegenden oder fahrlässigen Schuldigen an dem Mien-

betrag festzustellen, sowie die bittere Aufgabe, den amgerichteten Schaden finanziell wieder gutzumachen. Der Pariser Polizeipräsident Gaspard kam gestern mit dem Homerpres aus Florenz zurück und wurde am Bus von einer unübersehbaren Menge Journalisten in Empfang genommen. Ueberlegen lächelnd, wie das keine Art ist, verließ er das Auto und gab sofort in scharmanter Ausdrucksweise den Umstehenden zu verstehen, daß er sehr ärgerlich darüber sei, wegen dieser Affäre, in der er „eine ganz einwandfreie Rolle gespielt“ habe, seinen Aufenthalt in Florenz unterbrechen zu müssen.

Zeit zehn Jahren bemühe sich keine Polizei, Stawisky zu entlarven.

Er sei es gewesen, der bei der Gründung Stawiskys in Bayonne einen warnenden Bericht an die Polizeibehörden geschickt habe. Aber seine eigene Nachforschung ende an den Grenzen der Großstadt Paris. Der Inhaber des neugegründeten Wochenblattes „Midi“, Pierre Parisot, kam ebenfalls gestern aus seinem Urlaub, den er in Cannes verbracht hatte, nach Paris zurück.

Er wurde wenige Stunden später verhaftet.

Es hat sich herausgestellt, daß er, nachdem er zunächst einen Erpressungsvertrag mit Stawisky vorgenommen hatte, von Stawisky als Agent angestellt worden ist. Gleichzeitig wurde auch der Redakteur der „Volonté“, Pignatelli, und sein Privatsekretär Romagnolo, von der Polizei vernommen und unter Anklage gestellt, weil sie die Flucht Stawiskys nach Spanien tatkräftig unterstützt hätten. Endlich hat der Justizminister den ersten Pariser Kassationshof damit beauftragt, nachzuforschen, wie es möglich gewesen sei, daß Stawisky in dem 1928 gegen ihn eingeleiteten Verfahren wegen einer Schwindel von 6 1/2 Millionen Franken

nicht weniger als 10mal einen Kußschub der entscheidenden Verhandlung habe erreichen können. Heute nachmittag tritt die Kammer zusammen. Es wird zweifellos eine sehr bewegte Sitzung geben.

Stawisky wollte auch Spanien „beglücken“

DNB, Paris, 9. Januar. (Durch Funkgespräch)

„Echo de Paris“ berichtet aus Madrid, daß Stawisky im Juli 1932 auch in Spanien einen großangelegten Schwindel vollführen wollte. Mit Hilfe einflussreicher Persönlichkeiten habe er in Madrid die Gründung einer „Vandwirtschaftlichen Kreditbank“ mit einem Kapital von 200 Millionen Pesetas geplant. Sein eigener Anteil habe 50 Millionen betragen sollen.